Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk., incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 210. Dienstag den 29. Juli 1879. 73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 5. Juli vorigen Jahres und der Ausführungsverordnung hierzu vom 9. November desselben Jahres ist **der zweite Termin der Staats-Einkommensteuer am 15. Juli d. J.**

zu einem Drittheile des Gesammtbetrags fällig, und werden die hiesigen Steuerpflichtigen hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungesäumt und **spätestens binnen 3 Wochen** nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahme, Brühl 51, Blauer Harnisch, 2. Stock, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.

Leipzig, am 12. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georgi. Taube.

Bekanntmachung.

Nach §. 17 der revidirten Städteordnung sind alle diejenigen männlichen selbstständigen Gemeindemitglieder zum Erwerbe des Bürgerrechts **verpflichtet**, welche

1) **die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,**
2) das fünfundzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben,
3) unbescholten sind und öffentliche Armenunterstützung weder beziehen, noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben,
4) **seit drei Jahren im Gemeindebezirke ihren wesentlichen Wohnsitz haben**

und

5) mindestens 9 ℳ an directen Staatssteuern jährlich (wobei die Zuschläge gesetzlicher Bestimmung zu Folge und rücksichtigt zu bleiben haben) entrichten.

Wir fordern daher alle nach obigen Bestimmungen **Verpflichtete** hierdurch auf, sich nunmehr ungesäumt innerhalb 14 Tagen wegen Gewinnung des Bürgerrechts bei uns anzumelden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen mit Strafe vorgegangen werden wird.

Leipzig, am 18. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Nitzsche.

Bekanntmachung.

Der Gründer des **Unterstützungsfonds für das städtische Krankenhaus** hat uns für diese Stiftung die weitere Summe von **20,000 Mark** als Geschenk übergeben, wobei derselbe auch jetzt wieder die Verschweigung seines Namens uns zur Pflicht gemacht hat.

Wir verfehlen jedoch nicht, von dieser reichen Zuwendung öffentlich Kenntniß zu geben und dem hochherzigen Geber auch hierdurch unsern aufrichtigsten Dank auszusprechen.

Leipzig, am 22. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die Einfassung der Fußwege der Zeitzer Straße zwischen der südlichen Grenze der Grünen Linde und der südlichen Flucht der verlängerten Albertstraße mit Granitschwellen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Granitschwellen für die Zeitzer Straße"

versehen ebendaselbst und zwar

bis zum 20. August dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr,

einzureichen.

Leipzig, den 25. Juli 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann.

Bekanntmachung.

Zum Behuf der gegen das Ende jedes akademischen Halbjahres zu haltenden Revision der Universitäts-Bibliothek werden diejenigen Herren Studirenden, welche Bücher aus derselben entliehen haben, aufgefordert, diese während der Zeit vom 29. bis 31. Juli gegen Zurückgabe der Empfangsbescheinigungen abzuliefern.

Die Ablieferung wird in der Weise zu geschehen haben, daß diejenigen, deren Namen mit einem der Buchstaben von A bis H anfangen, am 29. Juli (früh von 11—1 Uhr oder Nachmittag 3—5 Uhr), die, deren Namen von J bis R beginnen, am 30. Juli (früh von 10—1 Uhr) und die Uebrigen am 31. Juli (früh von 10—1 Uhr) abliefern.

Alle übrigen Entleiher werden aufgefordert, die an sie verliehenen Bücher am 4., 5. oder 6. August (während der gewöhnlichen Oeffnungsstunden) zurückzugeben.

Während der Revisionszeit (29. Juli bis 9. August) kann eine Ausleihung von Büchern nicht Statt finden. Ebenso wird während derselben das Lesezimmer geschlossen bleiben.

Leipzig, den 26. Juli 1879.

Die Direction der Universitäts-Bibliothek.
Dr. Krehl.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Freitag, den 1. August, Abends 6 Uhr, im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1. Bericht des Standes-Ausschusses über die das bezirksärztliche Examen betreffenden Gesetzesbestimmungen. 2. Die auf der Tagesordnung des Aerztetags stehenden Angelegenheiten: a. Impf-Frage; b. Medicinal-Pfuscherei im Umherziehen; c. Hausärztliche Atteste für Lebensversicherungen; d. Rostocker Antrag: „Vivisection" betr. 3. Wahl des Delegirten zum Aerztetag.

Dr. Ploss.

Der Friedensschluß mit dem Vatican.

Allem Anschein nach — schreibt die „Bresl. Ztg." — wird Bad Kissingen dem Ruhme seiner heilkräftigen Soolbäder und seines wirkungsvollen Rakoczy noch eine historische Bedeutung zugesellen, denn man wird in Kürze daselbst den Pact der deutschen Reichsregierung mit der römischen Curie datiren. Der kirchliche Frieden scheint dem Abschlusse nahe zu sein und die Fabrikanten von Privattelegrammen in Rom wissen bereits alle Details des Friedensschlusses anzugeben. Wir sind keine Freunde solcher Wahrscheinlichkeitsrechnungen, deren Rechenmeister triumphiren, wenn sich irgend eine ihrer Vermuthungen, wie Dies der Lage der Dinge nach zutreffen muß, bestätigt, und stillschweigen, wenn die Sache anders kommt. Die politische Bedeutung eines kirchlichen Friedens liegt zudem weniger in der Form desselben, als darin, daß er überhaupt zu Stande kommt. Daß die Curie, die in allen Einzelheiten entgegenkommend sein wird, in der Hauptsache nicht den Kürzeren ziehen dürfte, dafür spricht die hoffnungsvolle Zuversicht der verbannten Bischöfe, welche das Wort des Breslauer Fürstbischofs Dr. Förster kennzeichnet: „Bald naht — Dank der Standhaftigkeit der Priester und ihrer Heerden — hoffentlich die Zeit, da wir wieder ungehindert im Weinberge des Herrn pflanzen dürfen." Fürst Bismarck von heute ist nicht mehr der Minister Mark eines Diocletian, nachdem er einen Frieden mit dem unfehlbaren Papstthum durch einen Pact mit dem Centrum eingeleitet hat, und Leo XIII. ist kein Pius IX., der da erklärte, er würde mit Freuden den Vatican niederbrennen, wenn er damit den Tod des Fürsten Bismarck und die Zerstückelung des deutschen Reiches erkaufen könnte.

Weil das Urtheil der Mitwelt unseren leitenden Politikern gleichgültig und selbst die Meinung eines deutschen Reichstages (wenn wir auch nicht daran glauben, daß Bismarck geäußert habe, der Reichstag müsse thun, was er wolle) bekanntlich nicht immer maßgebend ist, so muß man schon abwarten, was einst die Weltgeschichte zu Bismarck's Verhalten in der Religionspolitik unserer Tage sagen wird. Zeigt der Unitarier Bismarck Wohlwollen für particularistische Bestrebungen, der Finanzzollpolitiker den Umschwung zum Schutzzöllner, hat der Kanzler die nationalliberalen Stützen weggeworfen, um auf klerikal-conservativen Krücken einherzuwandern, was Wunder, wenn aus dem Saulus ein Paulus, aus dem Culturkämpfer ein Religionspolitiker geworden ist, der sich nach dem Frieden mit dem Vatican sehnt. Der Bismarck von Versailles, der Ledochowski die Thür von außen zumachen ließ, als er für das kaum geborene deutsche Kaiserreich ein Concordat als Pathengeschenk brachte, empfängt vielleicht in Kürze auf der Saline zu Kissingen wieder den schlauen päpstlichen Nuntius Masella oder einen anderen Delegaten Roms, um den modus vivendi festzustellen. Dem Bismarck von 1870 war es ein Greuel, daß die Geistlichen alle öffentlichen katholischen Schulen regierten, die Frauen durch die Beichte beherrschten und die Wahlen beeinflußten, daß die römische Kirche offen die Principien, auf denen der moderne Staat ruht, verwarf und verurtheilte; dem Kissinger Bismarck sind um des lieben Friedens willen alle diese Dinge Nebensache geworden. Es gab eine Zeit, in welcher ein deutscher Reichskanzler im Namen des Patriotismus und des gesunden Menschenverstandes beschloß, die Forderungen der Gerechtigkeit und der bürgerlichen Freiheit auch den Jesuiten und der römischen Kirche gegenüber durchzusetzen; es gab einen Kanzler, der erklärte, die Publication und die intolerante Anwendung der vaticanischen Decrete in den katholischen Schulen Deutschlands, sowie die offene Nichtachtung der Vorrechte der Krone verlangten augenblickliche und energische Maßregeln zur Gegenwehr. Jetzt oder nie! rief jener Kanzler aus: „Es gilt, die Fesseln zu sprengen oder für immer gebunden zu bleiben"! Und heute? Man muß es abwarten, welche Antwort auf diese Frage die Friedenspräliminarien von Kissingen geben werden.

Im Grunde genommen hat sich der Culturkampf überlebt. Er war volksthümlich, so lange er nicht allein mit Energie geführt wurde, sondern auch die Hoffnung durchblicken ließ, er werde die deutschen Katholiken allgemein aufklären und auf die Seite hinüber führen, auf welcher man für die Staatsidee und für eine nationale Selbstständigkeit des Reiches den hierarchischen Eingriffen gegenüber kämpfte. Aber das neunzehnte Jahrhundert, welches sich selbst den Namen der Aera der Aufklärung, der Wissenschaftlichkeit und der Toleranz beigelegt hatte, täuschte die Hoffnung aller Culturfreunde auf schmähliche Weise. Man hat geirrt, als man annahm, daß das katholische Volk Verständniß für die Haltung des Staates zeigen würde, es blieb nicht allein in den Fesseln der Kirche, sondern eine mächtige Aufregung, die in Schlesien, Posen und im Rheinlande selbst zu Excessen führte, bewies, daß es die religiöse Freiheit, welche ihm der Staat bot, wie ein Werk des Satans verdammte. Eine lahme Mißgeburt, der Altkatholicismus, eine Reformation ohne Reformatoren, führte ein klägliches sectirerisches Dasein und seine Schaaren lichteten sich, als innere Zwiste die kleine Partei, die nicht einmal zur Verwerfung des Cölibats sich erhob, spaltete; man sah ein, daß für den Papst nur eine Anzahl kleiner Päpste eingetauscht worden sei. Der erfolgreiche Schwindel, der mit den Muttergotteserscheinungen auf den Pflaumenbäumen im Elsaß, im Busch zu Marpingen und auf dem Ahornbaum im Pfarrgarten zu Dietrichswalde in Scene gesetzt wurde, zeigte deutlich, daß die größte der internationalen Großmächte, die Dummheit, noch eben so schöne Blüthen in Deutschland trieb, wie im Mittelalter. Ehe das Volk politisch beglückt werden kann, muß es durch die Schule dem Banne der Unwissenheit entrissen werden; ein Culturkampf für die Idee des Staates fand in Kreisen kein Verständniß, welche den Kampf nicht verstehen konnten. Wenn trotzdem die Maigesetzgebung die Linie zwischen dem Machtgebiet des Staates und der Kirche gezogen hat, so ist Dies ein um so höheres Verdienst, als nicht allein der offene Widerstand, sondern auch die Passivität und Dummheit der Massen das Werk erschwerten. Die wirklichen erziehlichen Erfolge der Falk'schen Gesetzgebung, besonders soweit sie die Schule angeht, konnten sich erst in Jahrzehnten zeigen; sie werden sich niemals zeigen, weil man jetzt werkthätig daran geht, diese Gesetzgebung wieder einzusargen.

Der Frieden mit dem Vatican ist die Besiegelung der politischen und wirthschaftlichen Reaction, weil er die Axt an die Wurzel aller Aufklärung, an die Schule legen wird; er ist der Schlußstein zum Grabmonument aller freiheitlichen Bestrebungen. Wir gehen nicht nach Canossa, sondern reiten mit Windeseile dahin. Wie alle Frieden, wird auch der Religionsfrieden zu Kissingen ein ewiger sein; und Das ist unser einziger Trost. Unsere „ewigen" politischen Friedensschlüsse sind nie etwas Anderes gewesen, als eine Waffenruhe bis zum nächsten Kampf. Es gelten auch nach dem neuen Frieden und unserer Reaction zum Trotz die stolzen Worte Lord Russell's: „Die Sache des deutschen Reiches ist die Freiheit, und die Sache des Papstes die Sklaverei!" Es ist noch nicht lange her, als der deutsche Kronprinz an Pius IX. schrieb, der Kampf zwischen Deutschland und Rom sei ein tausendjähriger. Der Culturkampf mag in Kissingen begraben werden; jener tausendjährige Kampf aber wird damit nicht aus der Welt geschafft, denn es giebt keinen dauernden Frieden zwischen Deutschland und dem Vatican, es sei denn, das das Reich katholisch oder der Papst protestantisch würde. Der neue Frieden wird ein vorübergehender Erfolg der Kirche sein. Der Bismarck des Culturkampfes, von dem die Römlinge selbst sagten, er vereine die Kraft eines Atlas mit der Wachsamkeit eines Argus und der Entschlossenheit eines Herkules, hat ihm die Wege geebnet. Wie lange aber wird dieser Weg gegangen werden?

Politische Uebersicht.

Leipzig, 28. Juli.

Das Ereigniß des Tages ist oder sollte doch sein: der Rücktritt des Herrn von Bennigsen vom parlamentarischen Leben. Schon vor Wochen, unmittelbar nach dem Schluß des Reichstags und den begleitenden fractionellen Zwistigkeiten angekündigt, hat das Gerücht damals keinen Glauben gefunden. Man wollte nicht annehmen, daß ein Mann, der in dem öffentlichen Leben seines ersten engeren Vaterlandes, dann Preußens und zuletzt (nicht der Zeit nach, denn Bennigsen's Wirksamkeit im Nationalverein ist nicht hierher zu rechnen) **Gesammtdeutschlands** eine so hervorragende Rolle gespielt hat, die Flinte ins Korn werfen würde, wenn der politische Horizont sich verdüstert. Jetzt ist an dem Entschluß Bennigsen's, dem parlamentarischen Leben zu entsagen, füglich nicht mehr zu zweifeln. Aber es wird wohl ein Anderes sein, das diesen Entschluß hervorgerufen und gezeitigt hat. Herr von Bennigsen sieht ein, daß die Zeit der Vermittelungen und des vermittelnden Standpunctes vorüber ist. Jetzt heißt es für oder wider Partei ergreifen. Die Liberalen müssen durch die Macht der Verhältnisse in eine immer schroffere Oppositionsstellung gedrängt werden, die weder dem Geschmack des Herrn von Bennigsen sonderlich behagt, noch seinen Zukunftsplänen gerade förderlich sein kann. Er will sich aufsparen für Eventualitäten, die nicht ausbleiben können: ist er doch der jüngere Mann. Man hat gesagt, Fürst Bismarck „verbrauche" die Minister, drei auf einmal sind jetzt abgenutzt; er „verbraucht" nicht minder die Parlamentarier und Herr von Bennigsen will sich als Parlamentarier nicht verbrauchen lassen, wie er es als Minister nicht wollte. Er wartet der Zeit, die ihn wieder in die Staatsgeschäfte rufen wird.

Im liberalen Lager herrscht augenblicklich trotz der Hundstage ein buntes Treiben. Das Gerücht von Bennigsen's Rücktritt hat die lebhafteste Bewegung hervorgerufen und bildet unstreitig den Hauptgegenstand der Besprechung in allen gebildeten Kreisen. — Herr v. Treitschke versucht in den „Preußischen Jahrbüchern" sein zustimmendes Votum zum Zolltarif zu rechtfertigen. Trotz der glänzenden Dialektik, welche auch diesen Artikel auszeichnet, wird Herr v. Treitschke sich doch der Frage nicht erwehren können, ob denn der von ihm vertretene Standpunct, mag er an sich so berechtigt sein, wie jeder andere, noch „liberal" genannt werden kann. Auch die ci-devant-Nationalliberalen in Bayern und Württemberg wissen ihren Liberalismus in neuerer Zeit sehr geschickt zu verbergen. Ihre Organe leisten in der Verunglimpfung aller Derjenigen, die auf die wundersame Heilkraft der Wirthschaftsreform nicht Stein und Bein schwören, Unglaubliches. Sie folgen darin dem würdigen Beispiel, das ihnen ihr Vorkämpe Herr Völk im Reichstage gegeben hat. Die „Süddeutsche Presse" verlangt Nichts weniger als eine Verschärfung des Preßgesetzes, um die aufreizenden Darstellungen der schlimmen Folgen der neuen Wirthschaftspolitik zur Strafe ziehen zu können, und der „Schwäb. Mercur" sagt wörtlich: „Ob wir die Errettung des Vaterlandes unter den Klängen einer conservativen oder einer liberalen Musik erreichen, ist nur eine untergeordnete Frage." Die „Vossische Zeitung" bemerkt sehr richtig dazu: „Wenn die Klänge der conservativen Musik, wie wir sie noch im Gedächtniß haben, erst wieder erschallen, so werden auch der „Schw. M." und seine Genossen aus ihrem Schlafe unsanft aufgeschreckt werden."

Dem Centrum wird es immer schwerer, nach seinem Verhalten in der letzten Reichstagssession sich seine Autorität in allen Kreisen seiner Wähler zu erhalten. Kaum hat sich Jörg in München der höheren Diplomatie Windthorst's gefügt, so erheben sich im polnisch-ultramontanen Lager Stimmen, die nicht minder entschieden als die bayerische Volkspartei sich rundweg vom Centrum lossagen und für die Zukunft eine lediglich polnisch-nationale Politik proclamiren. Das Organ dieser Mißvergnügten ist der „Gonec Wiepolski", der sich besonders gegen die Berliner „Germania" wendet. Im „Kurier" sucht Prinz Radziwill die Haltung des Centrums zu rechtfertigen und macht dabei die interessante Mittheilung, daß dasselbe voraussichtlich auch den geplanten Verfassungsänderungen seine Zustimmung geben wird. Ob er mit dieser Perspective die abtrünnigen Wähler wiedergewinnen wird, scheint denn doch zweifelhaft.

Die **österreichische** Regierung führt seit einiger Zeit einen sehr auffälligen Krieg gegen